

Wir machen Druck.



Karl-Heinz Böck
55, Angestellter
2. BR-Vorsitzender bei
Goebel, Stadtverordneter



Martina Hübscher-Paul
50, Masch.bauingenieurin
DarmstadtKulturStärken,
BI ONO, Stadtverordnete



Kris Vera Hartmann
32, Soziologin
Doktorandin
Gender-Studies



Werner Krone
72, Bauingenieur
BI ONO, Westwaldallianz
Stadtverordneter



Katharina Grabietz
27, Politikwissenschaftlerin
Doktorandin, gewerksch.
Studierendenarbeit



Dennis Bensinger
27, Chemiker
Wiss. Mitarbeiter TUD
Freiwillige Feuerwehr



Lisa Hofmann
32, Politologin
Wahlkreismitarbeiterin von
Christine Buchholz (MdB)



Uli Franke
47, Software-Entwickler
Regionaler Mitarbeiter von
Hermann Schaus (MdB)



Brita Maschen
65, Rentnerin
Ehem. Frauenbeauftragte
der Hochschule Darmstadt



Hüdaverdi Kaya
49, Masch.bauingenieur
Konstrukteur bei
Contiteves, Halkevi e.V.

Am 6. März nicht in Darmstadt?

Dann nutzen Sie doch die Möglichkeit zur Briefwahl!

Diese kann mit dem Formular auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung beantragt werden. Oder noch einfacher: Im Einwohnermeldeamt in der Grafenstraße 30 können Sie ab Anfang Februar direkt ihre Briefwahlstimme abgeben. Sie müssen nur Ihren Personalausweis oder ein vergleichbares Dokument mitbringen. Öffnungszeiten: Mo-Fr 7:30-12:30, Mi auch 14:00 -18:00.

DIE LINKE kämpft auf allen Ebenen für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Bitte stärken Sie uns auch vor Ort in der Kommunalpolitik. Beteiligen Sie sich an der Kommunalwahl und stimmen Sie für

Liste 4

DIE LINKE.

Termine

Für eine Verkehrswende Bürgerticket im Nahverkehr

Prof. Heiner Monheim vom raumkom-Institut für Raumentwicklung und Kommunikation in Trier kämpft für lebenswertere Städte, besseren öffentlichen Verkehr und eine moderne innovative Verkehrspolitik. Unter anderem wollen wir mit ihm über ein Bürgerticket für Busse und Straßenbahnen diskutieren.

Mo 8.2. 19:30 Uhr Staatsarchiv Vortragssaal
Karolinenplatz

Bezahlbarer Wohnraum durch Soziale Bodennutzung

Brigitte Wolf ist Stadträtin der LINKEN in München und berichtet über das dort seit langem eingeführte Modell zur sozialen Bodennutzung. Wir erfahren was rechtlich und politisch möglich ist, um auch in teuren Städten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. DIE LINKE. Darmstadt stellt ihr wohnungspolitisches Programm vor.

Fr 26.2. 19:30 Uhr Heiner-Lehr-Zentrum
Kopernikusplatz 1

Weitere Informationen

Das Kurzwahlprogramm, das Sie gerade in den Händen halten, gibt nur einen ersten Einblick in unsere politischen Schwerpunkte. In der Wahlzeitung, die wir flächendeckend in die Briefkästen verteilen, behandeln wir ein umfassenderes Themenspektrum. Im ausführlichen Wahlprogramm gehen wir auf 50 Seiten in die Tiefe.

Sie finden beides auf unserer Website www.linke-darmstadt.de zum Lesen oder als PDF zum Ausdrucken. Auch an unseren Infoständen sind diese Materialien erhältlich.

Mitmachen!

Ob soziale Ungleichheit, Krieg und Frieden, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Gerne laden wir Sie zu einem Treffen unseres Kreisverbands ein. Interesse? Dann schicken Sie uns eine Mail an post@linke-darmstadt.de oder sprechen Sie uns am Infostand an.

Kommunalwahlen am 6. März 2016

Für soziale Gerechtigkeit



**Bezahlbaren Wohnraum schaffen.
Soziale Leistungen verbessern.
Fahrpreise senken - öffentlichen
Verkehr stärken.
Wachstum begrenzen.**

DIE LINKE.

www.linke-darmstadt.de

Darmstadt für ALLE.

Liste 4
wählen!

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

sicher haben Sie unsere landesweiten Schwerpunkte schon durch die Plakatmotive am Straßenrand mitbekommen. DIE LINKE will Armut bekämpfen und soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Uns bewegt der Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr stärken und die Fahrpreise senken, bis hin zur Einführung eines „Bürgertickets“. Wir stehen ein für die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen und gegen Rassismus. Und wir wollen den Reichtum in dieser Gesellschaft gerechter verteilen.

Möglicherweise haben Sie zusammen mit diesem Handzettel eine weitere Infobroschüre bekommen, in der unsere für alle Kommunen gültigen Inhalte näher beschrieben werden. Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen ganz konkret unsere wichtigsten Programmpunkte für die Darmstädter Kommunalpolitik vor.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Lage ist angespannt für die 2.000 Haushalte in Darmstadt, die sich beim Wohnungsamt für eine Sozialwohnung beworben haben, für viele Rentnerinnen und Rentner, für Studierende, für die Flüchtlinge, die sich in Darmstadt niederlassen, und für viele andere, die einen viel zu großen Anteil ihres Einkommens für die Miete hinlegen müssen. Wir wollen, dass die Politik sich stärker dafür einsetzt, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen:

- **Bereitstellung von mindestens 250 neuen Sozialwohnungen pro Jahr.** Das reicht jedoch nicht, wenn die Bautätigkeit in Darmstadt tatsächlich auf 10.000 Wohnungen in den nächsten vier Jahren gesteigert wird. Dann müssen 2.500 dieser Wohnungen im geförderten Wohnungsbau entstehen.
- **Konsequente Anwendung von sozialen Konzepten bei der Vergabe von städtischen Grundstücken und bei der Erstellung von Bebauungsplänen.** Private Bauträger erstellen nur selten freiwillig Sozialwohnungen. Sie müssen durch öffentliche Vorgaben dazu verpflichtet werden.
- **Drittelquote für Sozialwohnungen bei allen beeinflussbaren Neubaulprojekten.** Anstelle von Eigentumswohnungen müssen bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden. Andere Städte haben Konzepte zur sozialen Bodennutzung verabschiedet, um diese Ziele zu erreichen. Darmstadt bleibt untätig.
- **Ausweisung von Milieuschutzgebieten.** Mit diesem Instrument kann die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus ihren Vierteln verhindert werden.
- **Keine Gewinnausschüttungen der Bauverein AG zum Stopfen von Finanzlöchern des städtischen Haushalts.** Überschüsse müssen für Instandhaltung und für den Neubau von Mietwohnungen verwendet werden.
- **Mehrjähriger Stopp der Mieterhöhungen bei der Bauverein AG.** Wer dicke Gewinne macht, kann auf zusätzliche Mieteinnahmen verzichten. Ein solches Moratorium begrenzt auch den Anstieg des Mietspiegels.
- **Schluss mit den „Mieterprivatisierungen“ durch die Bauverein AG.** Wir fordern stattdessen die Vergößerung des Bestands an Mietwohnungen, denn immer mehr Menschen können sich Wohneigentum nicht leisten.

Soziale Leistungen verbessern

Die Grundsteuer-Erhöhung im Jahr 2012 um 25% war unsozial. Wir wollen die Hälfte des dadurch erzielten Mehrertrags von gut 7 Mio Euro zur Verbesserung sozialer Leistungen verwenden:

- für ein **Sozialticket**, das für Inhaberinnen und Inhaber der Teilhabecard gilt und einen Preisnachlass von 50% auf Zeitkarten im öffentlichen Nahverkehr gewährt.
- für **kostenloses Essen in Kitas** und Horten.
- für zusätzliche Mittel zum **Bau von Sozialwohnungen**.

Erschwingliche Kultur-, Sport- und Freizeit-Angebote gehören zum sozialpolitischen Auftrag der Stadt. Deshalb wollen wir **keine Gebührenerhöhungen** in diesen Bereichen, solange die unteren Einkommen nicht deutlich gestiegen sind. Wir schlagen vor, auch für Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen **Freikarten im Staatstheater** anzubieten, so wie das für Studierende seit langem geregelt ist.

Die **Obergrenzen für die Kosten der Unterkunft** für Empfängerinnen und Empfänger von „Hartz IV“ und Grundsicherung müssen sich an den realen Angebotsmieten orientieren.

Gute Arbeit in Darmstadt

Immer mehr Menschen leiden unter unsicherer Beschäftigung, Minijobs und Niedriglöhnen. Die Kommunen könnten durch ordentliche Tarifabschlüsse bei Arbeitszeit und Entlohnung Standards setzen, tun es aber nicht. Auch in Darmstadt wird trotz des starken Wachstums der Bevölkerung Personal abgebaut. Das wollen wir ändern:

- **Schaffung neuer Stellen bei der Stadt und Aufhebung der Stellenbesetzungssperren.** Das verbessert die Arbeitsbedingungen der städtischen Beschäftigten und verbessert die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.
- **Aufwertung klassischer Frauenberufe.** Wir unterstützen die Forderung des „Kita-Streiks“ nach Höhergruppierung der Erzieherinnen und Sozialarbeiter. Darmstadt soll dem Beispiel anderer Städte folgen und diese Berufsgruppen übertariflich eingruppieren. Aufwertung jetzt!
- **Gute Tarifabschlüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.** Unternehmen des Stadtkonzerns dürfen nicht in einen schlechteren privaten Tarifvertrag wechseln, wie z.B. die HEAG mobilo bei ihren Busfahrerinnen und Busfahrern.
- **Keine sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und zweckentfremdete Werkverträge.** Grundsätzlich nicht, und schon gar nicht bei der Stadt und ihren Unternehmen!

Gegenüber der Privatwirtschaft kann die Kommunalpolitik Druck ausüben, indem die Stadt die Vergabe von Aufträgen an Bedingungen knüpft. Nur Unternehmen, die Tariflöhne zahlen und Arbeitnehmerrechte achten, dürfen in Darmstadt öffentliche Aufträge erhalten. Auch Betriebe, die viele Ausbildungsplätze anbieten, die die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen und die auf ökologische Nachhaltigkeit Wert legen, sollten durch die Vergaberichtlinien gefördert werden.

Wachstum begrenzen

Wir teilen nicht die Begeisterung der grün-schwarzen Koalition für das schnelle Wachstum unserer Stadt. Dadurch steigen zwar die Steuereinnahmen, aber der Wohnraum wird immer knapper und die Verkehrsprobleme spitzen sich zu. Darmstadt kann nicht nach außen wachsen. Deshalb werden die bestehenden Wohnviertel verdichtet: Grünflächen und Innenhöfe werden zugebaut, Freiräume für Spiel, Sport und Geselligkeit verschwinden. Häuser werden aufgestockt, neue Hochhäuser entstehen – mit entsprechenden Folgen für das Stadtklima.

Für uns ist die Lebensqualität der in der Stadt wohnenden Menschen entscheidend. Wir sind dagegen, dass Abwanderung die ländlichen Regionen entvölkert, während es in den Städten immer enger wird. Wir sehen die Grenzen des städtischen Wachstums und fordern eine überregionale Strukturpolitik, die solche Konzentrationsprozesse begrenzt. Die wenigen verbleibenden Flächen in Darmstadt sollen für Wohnbebauung und nicht für weitere Gewerbeansiedlung genutzt werden.

Fahrpreise senken und öffentlichen Verkehr stärken

Die Investitionen in den Verkehr wollen wir auf den Umweltverbund konzentrieren: Fuß- und Fahrradverkehr, Bus und Bahn sowie Carsharing sind besonders zu fördern.

Die hohen Fahrpreise im RMV sind ein großes Problem für viele Menschen. Wir kritisieren, dass das Land Hessen sich nicht an der Finanzierung des ÖPNV beteiligt. Für Darmstadt schlagen wir vor:

- **Sozialticket** für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger
- **Preisgünstige Mehrfahrtenkarte** und **1-Euro-Nachtticket** ab 20 Uhr
- Freie Fahrt durch ein „Bürgerticket“. Wir wollen längerfristig einen Nulltarif im ÖPNV erreichen, der durch Steuern und Abgaben – auch von Unternehmen – finanziert wird. In vielen Städten Europas gibt es dafür Vorbilder.

Auch die Kapazitäten im öffentlichen Verkehr müssen erweitert werden. Die Erschließung mit einer Buslinie reicht nicht aus, um das westliche Gewerbegebiet verkehrsarm zu gestalten. Nötig ist die Verlängerung der Straßenbahn-Linie 3 vom Hauptbahnhof durch die „Telekom-City“ bis in die Heimstättensiedlung. Dies würde auch den H-Bus entlasten. Wir unterstützen den Vorschlag, durch Zusammenfassung der Linien A und AH einen Ringbus durch Arheilgen einzurichten.

Und wer soll das bezahlen?

Den Kommunen fehlt es an Einnahmen, um ihre Aufgaben zu erfüllen und in die Zukunft zu investieren. Um diese Misere zu beenden, müssen die Reichen zur Kasse gebeten werden. DIE LINKE fordert ein gerechteres Steuersystem.

Kurzfristig wollen wir die Unternehmen stärker heranziehen als bisher: die Gewerbesteuer soll um 6% auf das Niveau vergleichbarer hessischer Großstädte angehoben werden. Dadurch würde die Stadt Mehreinnahmen von 10 Mio Euro erzielen. Darmstadt ist attraktiv genug, um den Unternehmen dies abverlangen zu können.